

Flüchtlingsströme

In gemeinsamer Verantwortung

Die dramatische Flüchtlingssituation verlangt schnelle und umfassende Antworten – von Deutschland, Europa und der Welt. Deshalb sei die Bewältigung der Flüchtlingsströme eine globale Aufgabe, der sich alle Europäer in globaler Verantwortung stellen müssten. Das machte CSU-Landesgruppenvorsitzende Gerda Hasselfeldt im Deutschen Bundestag klar.



Foto: picture alliance/dpa

„Europa ist hier in besonderer Weise gefordert“, unterstrich Hasselfeldt. Beim Sondergipfel der EU am Mittwoch in Brüssel einigten sich die Staats- und Regierungschefs auf zusätzlich eine Milliarde Euro zur besseren Versorgung der Bürgerkriegsflüchtlinge in der Region. Außerdem sollen bis November in Erstankunftsländern wie Italien und Griechenland „Hotspots“ eingerichtet werden. Dadurch sollen die Flüchtlinge bereits an den EU-Außengrenzen registriert, identifiziert und anschließend verteilt oder rückgeführt werden. Zudem wurde eine stärkere Kontrolle der EU-Außengrenze vereinbart. Einen Tag zuvor hatten sich die Innenminister der EU auf die Umverteilung von 120.000 Flüchtlingen geeinigt.

„Das, was wir heute leisten, was unsere Gesellschaft leistet, können wir deshalb leisten, weil wir stark sind: stark durch eine solide Haushaltspolitik, stark durch Mitmenschlichkeit, und stark durch eine hohe Stabilität unserer Gesellschaft“, betonte Hasselfeldt mit

Blick auf Deutschland. „Damit wir in Zukunft stark bleiben, ist es aber notwendig, auch die Grenzen der Integrationskraft zu sehen.“ Man müsse deutlich machen, dass wir nicht alle Probleme dieser Welt auf deutschem Boden lösen könnten, so Hasselfeldt. Es gehe deshalb in erster Linie um Gerechtigkeit – sowohl bei uns als auch in Europa.

Am Donnerstag einigten sich zudem die Ministerpräsidenten der Länder mit Bundeskanzlerin

Dr. Angela Merkel auf weitere Maßnahmen. Demnach unterstützt der Bund die Länder künftig

mit 670 Euro pro Monat je Asylbewerber. Hinzu kommen 350 Millionen Euro für die Betreuung unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge sowie jährlich 500 Millionen Euro für den sozialen Wohnungsbau. Die Länder verpflichteten sich ihrerseits, die Rückführungen Ausreisepflichtiger zu beschleunigen. Hasselfeldt machte deutlich, dass dies überfällig sei. Nicht-Bleibeberechtigte müssten endlich schneller in ihre Herkunftsländer zurückgeführt werden.

**Nationale,
europäische und
globale Aufgabe**



Liebe Leserinnen und Leser,

nichts beschäftigt uns alle in diesen Wochen so sehr wie die aktuelle Flüchtlingskrise. Die Koalition hat sich dazu Anfang September – nicht zuletzt auf Druck der CSU-Landesgruppe – auf ein Maßnahmenpaket geeinigt. Dies umfasst die Beschleunigung der Asylverfahren, erleichterte Unterbringungsmöglichkeiten und die Beschränkung von Leistungen an Asylbewerber. Außerdem werden Länder und Kommunen unterstützt. Die erforderlichen Gesetze sollen bereits Mitte Oktober vom Bundestag verabschiedet werden.

Das Paket trägt unserer Forderung nach einer klaren Unterscheidung zwischen Schutzbedürftigen und Nicht-Schutzbedürftigen Rechnung. Das hatten wir bereits im Januar in Kreuth beschlossen. So sollen unter anderem auch Albanien und Kosovo endlich sichere Herkunftstaaten werden, aus denen in diesem Jahr nach Syrien bisher die meisten Asylanträge stammten. Antragsteller aus sicheren Herkunftstaaten verbleiben künftig bis zum Abschluss ihres Verfahrens in den Erstaufnahmeeinrichtungen. Soweit möglich, werden dort nur noch Sachleistungen gewährt, keine Geldleistungen.

Auch wenn wir Schutzbedürftigen weiter Zuflucht bei uns gewähren, ist klar, dass es auf Dauer keinen ungeregelten Massenzustrom geben kann. Die Einführung der Grenzkontrollen – wie auch bereits in Kreuth gefordert – war deshalb unabdingbar. Jetzt müssen weitere Schritte folgen. Geltendes Recht muss von allen Beteiligten – auf nationaler wie auf europäischer Ebene – eingehalten werden. Der Schutz der EU-Außengrenzen muss wieder gewährleistet sein; dort müssen spezielle Erstaufnahmezentren eingerichtet werden, so dass nur noch die wirklich Schutzbedürftigen weiter auf die Mitgliedstaaten verteilt werden. Und schließlich müssen wir alles dafür tun, dass Menschen möglichst wieder eine Perspektive in ihren Heimatländern finden. Das ist in ihrem und in unserem Sinne.

Dr. Reinhard Brandl MdB

TTIP – das transatlantische Freihandelsabkommen

Hasselfeldt: Chancen nutzen, Interessen wahren

Jeder vierte Arbeitsplatz hängt in Deutschland vom Export ab. TTIP sei deshalb die große Chance, die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft zu erhalten. Das unterstrich CSU-Landesgruppenvorsitzende Gerda Hasselfeldt beim Kongress der CDU/CSU-Bundestagsfraktion „Ja zu TTIP“.

Es ist immer mehr zu einem Unwort geworden, dabei birgt TTIP eine Vielzahl von Chancen, die in der öffentlichen Diskussion stets zu kurz kommen: 60 Prozent der kleinen und mittelständischen Unternehmen sind hierzulande am Export-Geschäft beteiligt. Besonders sie würden von TTIP profitieren. Ein gemeinsamer Markt mit den USA für Waren und Dienstleistungen sei deshalb nicht nur wünschenswert, sagte Hasselfeldt, sondern Grundvoraussetzung, um Wachstum, Wohlstand und Beschäftigung auch in Deutschland und in Europa zu mehren.

Bei TTIP gehe es aber nicht nur darum, die großen Chancen zu nutzen, sondern in den Verhandlungen auch



Gerda Hasselfeldt: „Wir nehmen die Sorgen der Menschen ernst.“

Foto: CDU/CSU-Bundestagsfraktion

„unsere Interessen zu wahren“, sagte Hasselfeldt. Besonders die Lebensmittelsicherheit, der Verbraucherschutz und der Schutz der kulturellen Vielfalt sowie die öffentliche Daseinsvorsorge stehen dabei im Mittelpunkt.

„Wir nehmen die Sorgen der Menschen ernst“, erklärte Hasselfeldt. Die fortschreitende Globalisierung

verlange jedoch Antworten. Es sei wichtig, vorneweg zu gehen und nicht zu warten, bis die USA mit anderen Staaten andere Abkommen abgeschlossen hätten. Dann sei es zu spät, um gemeinsame Standards zu definieren. „Europa muss dabei mit einer gemeinsamen Stimme sprechen“, machte die CSU-Landesgruppenchefin deutlich.

Diese Woche

Flüchtlingsströme In gemeinsamer Verantwortung	1
TTIP – das transatlantische Freihandelsabkommen Hasselfeldt: Chancen nutzen, Interessen wahren	2
Wirtschaftsforum der CSU-Landesgruppe Solides Fundament für Start-ups	2
UN-Vollversammlung 2030 Agenda wichtig zur Bekämpfung von Fluchtursachen	3
Syrien-Krise „Wir brauchen einen Waffenstillstand“	3
Pflegestärkungsgesetz Verbesserungen für Patienten, Angehörige und Personal	4
Erbschaftsteuer Generationenübergang sichern	4
Kommunalfreundliche Politik Kommunen konsequent entlasten	4

IMPRESSUM:

Der Meinungsbeitrag auf S. 1 gibt die persönliche Auffassung des betreffenden Abgeordneten wieder.
Foto Editorial: Matthias Tunger

Verantwortliche Redakteure:
Linda Dietze,
Jutta Lieneke-Berns

11011 Berlin · Platz der Republik 1
Telefon: (030) 227 - 70212
e-mail: bab@cducsu.de
internet: www.csu-landesgruppe.de

Diese Veröffentlichung der CSU-Landesgruppe dient ausschließlich der Information und darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden.

Wirtschaftsforum der CSU-Landesgruppe

Solides Fundament für Start-ups

Die zweite Veranstaltung der Reihe „Wirtschaft Konkret. Das Wirtschaftsforum der CSU-Landesgruppe“ befasste sich mit Start-ups. Bundestagsabgeordnete diskutierten vergangenen Dienstag in der Bayerischen Landesvertretung mit zwei erfolgreichen Jungunternehmern aus Bayern.



CSU-Landesgruppe

Andrea Pfundmeier und Georg Hansbauer waren sich einig: Mit den Rahmenbedingungen in Deutschland kann man sehr zufrieden sein. „Das wichtigste ist, auch mal Danke zu sagen. Wir haben hier einen verlässlichen und hohen Standard. Das übersieht man viel zu oft“, so der Geschäftsführer der Testbirds GmbH aus München. Und für Andrea Pfundmeier, Chefin der Secomba GmbH in Augsburg, ist IT-Sicherheit „made in Germany“ ein überzeugendes Verkaufsargument: „Unser Datenschutz in Deutschland ist gut. Für unsere

Verschlüsselungstechnik ist Deutschland ein idealer Standort.“ Die beiden Jungunternehmer formulierten aber auch ihre Wünsche an die Politik. So plädierte Pfundmeier für ein Unterrichtsfach Digitalkunde als Pflichtfach und den schnellen Ausbau der Breitbandtechnologie. Hansbauer verwies auf die Herausforderungen beim Personal: Gerade am Standort München sei es schwer, mit den großen Unternehmen zu konkurrieren. Was die Unternehmer noch berichteten, und warum sie die deutsche Gründlichkeit loben, lesen Sie [hier](#).

UN-Vollversammlung

2030 Agenda wichtig zur Bekämpfung von Fluchtursachen

Am Freitag wurde auf dem UN-Gipfel in New York die 2030 Agenda für nachhaltige Entwicklung verabschiedet. Die 17 Ziele der Agenda sollen dazu beitragen, allen Menschen weltweit ein Leben in Würde zu ermöglichen.

Wie wichtig das ist, führt die aktuelle Flüchtlingskrise eindrucksvoll vor Augen. „Wenn wir die Fluchtursachen bekämpfen wollen und nicht nur die Symptome,“ machte die CSU-Landesgruppenvorsitzende Gerda Hasselfeldt deutlich, „dann müssen wir uns um nachhaltige Entwicklung in allen Teilen der Welt kümmern. Deshalb ist dieser Gipfel von ganz besonderer Bedeutung.“



Foto: picture alliance/dpa-Zentralbild

Bundesentwicklungsminister Dr. Gerd Müller wies darauf hin, dass alle gemeinsam daran arbeiten müssten, dass sich die Situation der Menschen und der Umwelt verbessert: „Erstmals werden sich alle Staaten der Welt auf Ziele verpflichten, die für alle gelten. Auch für uns. Insofern ist auch Deutschland ein Entwicklungsland“, so Müller in einem Interview. Hasselfeldt dankte dem Entwicklungsminister ausdrücklich für die

von seinem Ministerium aufgelegten Programme für die Herkunftsländer der Flüchtlinge, die dazu beitragen, dass die Menschen in Ihrer Heimat bleiben: „Auch das ist humanitäre Verantwortung für die Menschen dort.“

Die 2030 Agenda löst damit die im Jahr 2000 vereinbarten Millenniums-Entwicklungsziele ab, die dieses Jahr

auslaufen. Die 17 Ziele der Agenda verknüpfen das Prinzip der Nachhaltigkeit mit der Armutsbekämpfung – zum ersten Mal werden beide Themen in einer Agenda zusammengeführt. Neu an der Agenda ist auch, dass diese Entwicklungs- und Nachhaltigkeitsziele weltweit gültig sind. Denn die Zielvorgaben richten sich an alle Staaten der Weltgemeinschaft.

Syrien-Krise

„Wir brauchen einen Waffenstillstand“

Rund zwölf Millionen Menschen in und um Syrien sind auf der Flucht. Assads Truppen zerstören das Land, gleichzeitig mordet die Terrororganisation des Islamischen Staates. In erster Linie gehe es deshalb darum, die Fluchtursachen vor Ort zu bekämpfen. Das wurde in der Aktuellen Stunde der Koalitionsfraktionen am Donnerstag im Deutschen Bundestag deutlich.



Foto: picture alliance/dpa

„Es ist dramatisch vor Ort. Wir haben jetzt reagiert. Deutschland, die Bundesregierung, wir werden unsere Mittel noch einmal verstärken“, sagte Bundesentwicklungsminister Dr. Gerd Müller in einem Interview. 95 Prozent der syrischen Flüchtlinge leben noch dort in der Region – in Flüchtlingslagern im Libanon, in Jordanien untergebracht, unter katastrophalen Zuständen.

„Wir brauchen einen Waffenstillstand“, forderte deshalb Dagmar Wöhrl, Vorsitzende des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. „Um Frieden zu erzielen nützt es nichts, wenn man nur mit Freunden redet, man muss auch mit den Feinden reden“, unterstrich Wöhrl. Deshalb müsse man eben auch mit Syriens Diktator Assad das Gespräch suchen.

Im Zuge der erfolgreichen Atomverhandlungen mit dem Iran biete sich jetzt eine neue Chance für eine diplomatische Initiative zu Syrien, sagte auch Bundesminister Müller. „Wenn man sich am Iran-Format orientiert und die USA, Russland, Europa sowie die Regionalmächte einbezieht, könnte es der erste Schritt zu einer Waffenruhe und Schutzzonen sein.“

Zusätzlich müsse man vor Ort humanitäre Hilfe leisten. Denn: Jeder Euro, der in Afrika und im Nahen Osten investiert werde, erspare ein Vielfaches an Mitteln für die Flüchtlingsbetreuung in Deutschland. Für zehn Euro könne beispielsweise ein Kind im Nahen Osten eine Woche lang eine Schule besuchen, die Kosten hierzulande wären dafür deutlich höher.

Pflegestärkungsgesetz

Verbesserungen für Patienten, Angehörige und Personal

Im Mittelpunkt des Gesetzentwurfs zur Pflegereform, der am Freitag in erster Lesung im Deutschen Bundestag beraten wurde, steht ein neuer Pflegebedürftigkeitsbegriff. Damit wird festgelegt, wer bei bestimmten Einschränkungen welche Leistungen in Anspruch nehmen kann. Die Koalition setzt so eine wichtige Vereinbarung aus dem Koalitionsvertrag um.

„Die Reform ist eine deutliche Verbesserung. Sie bietet mehr Flexibilität und mehr Leistungen,“ lobte der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU, Dr. Georg Nüssel, in seiner Rede. Neu ist, dass körperliche, geistige und psychische Einschränkungen gleichermaßen erfasst und in die neue Einstufung miteinbezogen werden. Entscheidend ist künftig der Grad der Selbstständigkeit. Dazu werden die bisher drei Pflegestufen zu fünf Pflegegraden ausgebaut. So können vor allem Patienten mit Demenzerkrankungen auch unterstützt werden.

Daneben stellt die Koalition das Begutachtungsverfahren auf eine neue Grundlage und stärkt den Grundsatz „Rehabilitation vor Pflege“. Verbesserungen gibt es auch für pflegende



Foto: picture alliance/westend61

Angehörige und das Pflegepersonal. „Die Reform tut für alle etwas“, so Nüssel, „sie hat die Pflegebedürftigen im Blick, sie hat die Angehörigen im Blick und auch das Pflegepersonal.“

Die Unterstützung durch die Pflegeversicherung greift jetzt deutlich früher: Mit dem neuen Pflegegrad 1

werden Menschen erreicht, die bislang noch keinerlei Unterstützung bekommen haben. Bis zu einer halben Million Menschen mehr erhalten dadurch Leistungen aus der Pflegeversicherung. Finanziert wird die Reform durch eine Anhebung des Pflegeversicherungsbeitrages um 0,2 Prozentpunkte ab 2017.

Erbschaftsteuer



Foto: picture alliance/bildagentur-online

Generationenübergang sichern

Die Neuregelung der Erbschaftsteuer wurde am Freitag in erster Lesung im Deutschen Bundestag beraten. Mit dem eingebrachten Gesetzentwurf wird die Verschonung von Betriebsvermögen neu geregelt. Die bisherige Ausgestaltung der Verschonungsregeln hatte das Bundesverfassungsgericht im Dezember für verfassungswidrig erklärt.

Vor allem durch den Einsatz der CSU-Landesgruppe wurden gegenüber dem ersten Entwurf des Bundesfinanzministeriums wesentliche Verbesserungen erreicht. Dazu zählt unter anderem die gleitende Lohnsummenregelung für Betriebe bis 15 Mitarbeiter sowie die Einführung eines Abschmelzmodells als Alternative zur Einbeziehung des Privatvermögens. Die Aufgriffsgrenze wurde von 20 Millionen auf 26 Millionen Euro (52 Millionen für Familienunternehmen) angehoben. Ziel der Landesgruppe ist es, die Beschäftigung in den betroffenen Betrieben durch den Generationenübergang von Unternehmen nicht zu gefährden. Das hat auch in den folgenden parlamentarischen Beratungen oberste Priorität.

Kommunalfreundliche Politik



Foto: picture alliance/chromorange

Kommunen konsequent entlasten

Noch nie hat der Bund die Kommunen so stark entlastet wie derzeit unter der unionsgeführten Koalition. Damit dies so bleibt, haben die Koalitionsfraktionen die Bundesregierung in einem Antrag aufgefordert, ihre kommunalfreundliche Politik „konsequent fortzusetzen“. Schließlich sind die Kommunen ein zentraler Bestandteil unseres Gemeinwesens. Sie nehmen wichtige Aufgaben der Daseinsvorsorge und der lokalen Infrastruktur wahr, heißt es in dem Antrag, der am Donnerstag im Deutschen Bundestag debattiert wurde.

Der Bund unterstützt die kommunale Ebene bei einer Vielzahl ihrer Aufgaben, etwa beim Breitbandausbau, der Energiewende oder beim Aufbau moderner E-Government-Strukturen.

Erst am Donnerstag hat der Bund den Ländern und Kommunen für 2016 rund vier Milliarden Euro Entlastung an Asylkosten zugesagt. Für 2015 wird die Unterstützung nochmals um eine Milliarde auf insgesamt zwei Milliarden Euro aufgestockt.